

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 23.04.2024
Beginn der Sitzung: 17:01 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Rosema, Swantje

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Meyer, Henning

BSW-Fraktion Grundmandat

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Gembler, Hella (bis 18:01 Uhr)
Hass-Tjaden, Jörg
Kamer, Stefan
Meinen, Regina

Beratende Mitglieder

Bergstedt, Carsten
Jetses, Katja
Philipps, Gaby
Ricken, Odilie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede
Frein, Markus

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Jaspers, Thomas
Janßen, Ralf
Wermuth, Wilma

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

Protokollführung

Bakker, Markus

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 11 über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses, des Sportausschusses (Nr. 6) und des Schulausschusses (Nr. 12) am 15.11.2023

Beschluss: Das Protokoll Nr. 11 über die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses, des Sportausschusses (Nr. 6) und des Schulausschusses (Nr. 12) am 15.11.2023 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.02.2024

Beschluss: Das Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.02.2024 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 18/1188

Frau Ricken erläutert die Anlagen zur Vorlage. Diese sind im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Meyer bemerkt, dass der Anteil für das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter im Vergleich zu den anderen sehr hoch sei und möchte wissen, wie diese Summe zustande komme.

Frau Ricken erklärt, dass es sich bei dieser Maßnahme um eine andere Richtlinie handeln würde. Die Kinder- und Jugenderholung werde anders bezuschusst als zum Beispiel Fahrten und Freizeiten. Bei Fahrten und Freizeiten könnten die Träger für Emden Kinder einen Tagessatz von ca. 3,50 € beantragen. Eine Kinder- und Jugenderholung müsse mindestens 14 Tage dauern.

Frau Rosema erkundigt sich, was mit dem verfügbaren Zuschuss am Ende des Jahres passiere, wenn er nicht gänzlich abgerufen werde.

Frau Ricken teilt mit, dass noch weiterhin Anträge eingereicht würden. Es bestehe auch die Möglichkeit, den Antrag nach der Durchführung der Maßnahme zu stellen. Zudem gebe es Förderungsmöglichkeiten sonstiger Zuschüsse. Sollte ein Verein beispielsweise dringend pädagogisches Material benötigen, würden auch hier in den meisten Fällen bis zu 50 % gefördert. Somit könnte es sein, dass das Geld noch für andere Anträge benötigt werde.

Herr Grendel ergänzt, dass die Fachdienste grundsätzlich budgetiert seien. Würde das Geld hier also nicht ausgegeben, stünde es anderen Zwecken zur Verfügung, die der Jugend zugutekommen würden. Sollte einmal das Gesamtbudget nicht reichen, nutze man zunächst die internen Deckungen, um die überplanmäßige Ausgabe möglichst klein zu halten. Ansonsten gehe das Geld im Haushaltsausgleich unter und würde verwendet, um andere Ausgaben kofinanzieren. Er hebt vor, dass dies jedoch eigentlich nicht vorkäme, da die Budgets sehr knapp und auskömmlich kalkuliert seien.

Herr Ohling möchte wissen, aus welchem Grund der Zuschuss für das Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter in diesem Jahr geringer sei als im letzten Jahr.

Frau Ricken erklärt, dass die Kinder- und Jugenderholung sich im letzten Jahr selbst verpflegt habe. In diesem Jahr werde eine andere Unterkunft gesucht, weshalb Transportkosten sowie Ausgaben für Lebensmittel eingespart würden.

Frau Kruse ergänzt, dass es in diesem Jahr ebenfalls acht Teilnehmerinnen und Teilnehmer weniger geben würde als im letzten Jahr.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage 1 zur Vorlage 18/1188 ersichtlichen Zuschüsse 2024 für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Freizeiten, internationale Begegnungen sowie Kinder und Jugenderholung gezahlt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

TOP 7 Anpassung der Richtlinien der Stadt Emden über die Gewährung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen nach dem Sozialgesetzbuch VIII
Vorlage: 18/1190

Herr Janßen stellt die o. g. Vorlage vor.

Er hebt vor, dass es hier insgesamt um die Anerkennung der Leistung von Bereitschaftspflegefamilien sowie die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gehe, damit Familien für diese Aufgaben gewonnen werden könnten.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen möchte wissen, wie viele Pflegefamilien es in der Bereitschaftspflege geben würde.

Herr Janßen entgegnet, dass man diese Summe zunächst herausfinden müsse. Er sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des FD 651.1 vom 05.06.2024 gibt es 3 Bereitschaftspflegefamilien. Es entstanden bei Vollausslastung jährliche Kosten in Höhe von 45.000 EUR.

Frau Meinen unterstreicht, wie wichtig Bereitschaftspflegefamilien seien und regt an, diese Summe generell im Blick zu behalten.

Herr Meyer begrüßt die Anpassung des täglichen Pflegesatzes auf 70 €.

Herr Frein stimmt Frau Meinen zu und schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlicher über die Arbeit der Bereitschaftspflegefamilien zu berichten.

Beschluss: Ziffer 1 der Richtlinien der Stadt Emden über die Gewährung von einmaligen Beihilfen und Zuschüssen nach dem SGB VIII wird dahingehend geändert, dass künftig für die Unterbringung in Bereitschaftspflegestellen ein Pflegesatz von 70 Euro pro Tag geleistet wird.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 „Pflegeeltern gesucht“ – Öffentlichkeitsarbeit des Pflegekinderdienstes
Vorlage: 18/1189

Herr Frein erläutert die Öffentlichkeitsarbeit des Pflegekinderdienstes ausführlich. Er geht dabei auf die Erarbeitung des Logos ein, das auf der Webseite unter <https://www.emden.de/rathaus/verwaltung/fb-600-jugend-schule-und-sport/fd-6512-sozialer-dienst/pflegekinderdienst> einsehbar ist. Da die Zusammenarbeit hinsichtlich der Webseite mit der Pressestelle und dem Vorstandsbüro gut funktioniert habe, hätte man an dieser Stelle erneut zusammengearbeitet. Nun würde es Plakate und Karten des Logos zum Aushängen und Austeilen geben. Darauf seien ebenfalls Kontaktdaten sowie ein QR-Code abgebildet, welcher direkt auf die entsprechende Internetseite führen würde. Sie seien bereits an Ärzte, Schulen,

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

Kitas, Sportvereine und verschiedene Geschäfte verteilt worden. Er unterstreicht, dass man mit diesem Logo einen Impuls setzen wolle, um Familien den Weg zum Pflegekinderdienst aufzuzeigen.

Des Weiteren präsentiert er den Anwesenden einen Aufsteller mit dem Logo, der bei verschiedenen Veranstaltungen und generell dort aufgestellt werden solle, wo viel Publikumsverkehr herrschen würde. Er bemerkt, dass man sich gerne für weitere Vorschläge bei ihm melden könnte.

Herr Frein erklärt weiter, dass im letzten Jahr insgesamt sechs Informationsgespräche mit Interessenten stattgefunden hätten und es in diesem Jahr bereits vier gegeben habe, die sich gemeldet hätten. Außerdem habe es Reaktionen auf die Social-Media Beiträge im Februar gegeben.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kamer bedankt sich für den Vortrag. Er schlägt vor, das Logo ebenfalls auf der Startseite der Stadt Emden hinzuzufügen und ein Plakat im Wartebereich des Bürgerbüros aufzuhängen.

Herr Ohling sagt, dass Pflegeeltern gesucht würden, sei ein deutschlandweites Problem. In einem Fachvortrag der Hochschule habe er gehört, dass in Großstädten 40 – 60 % der Kinder in auswärtigen Städten untergebracht würden, da es nicht genügend Pflegeeltern gebe. Er möchte wissen, wie sich diese Situation in Emden verhalte.

Herr Frein entgegnet, dass man diesbezüglich in einem engen Austausch mit dem Landkreis Leer und dem Landkreis Aurich stehen würde. In einigen Fällen sei es auch sinnvoll, die Kinder nicht in Emden unterzubringen. Pflegeeltern könnten sich natürlich ebenso über andere Kommunen belegen lassen. Deswegen müsse die Stadt Emden auch attraktiv für Pflegeeltern sein, da es die Chance für Kinder sei, in einem familiären Rahmen aufzuwachsen. Zudem sei die Unterbringung in einer stationären Einrichtung kostenintensiver für die Stadt.

Frau Jetses bedankt sich für die wichtige Arbeit. Sie fragt, ob geplant sei, die Plakate ebenfalls in Kindergärten aufzuhängen, wo es viele Eltern sehen könnten.

Herr Frein bejaht dies. Intern habe man dem FD Schule, Bildung und Sport Plakate über die Postfächer geschickt. In den Kitas hätten die Mitarbeiterinnen ebenfalls Plakate verteilt.

Herr Ouedraogo unterstreicht, dass dies ein wichtiges Thema sei und er hoffe, dass es zukünftig weniger pflegebedürftige Kinder geben würde. Er begrüßt die Öffentlichkeitsarbeit und versichert, dass diese von der Gruppe GRÜNE feat. Urmel unterstützt werde.

Herr Frein teilt mit, dass die Anzahl der Kinder, die aus bestimmten Situationen in Pflegestellen und Pflegefamilien untergebracht werden müssten, nicht rückläufig sei. Die Problematik würde in den Jahren eher größer und komplexer. Wichtig sei auch, dass die Kinder vom Alter her in die Pflegefamilien passen, weswegen ebenfalls Nachwuchs generiert werden müsse.

Frau Philipps begrüßt das Design des Logos. Dies sei ihrer Ansicht nach neben dem Angebot des Austausches und der Workshops für Pflegeeltern ein weiterer guter Weg, um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Frau Kruse schließt sich dem an und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

TOP 9 Vorstellung des Projektes "inklusive Gymnasien"
Vorlage: 18/1191

Herr Christians teilt mit, dass das Projekt „inklusive Gymnasien“ im Jahr 2022 als Jugendhilfemaßnahme gestartet sei, weil die Schulen signalisiert hätten, dass Bedarf bestehen würde. Deswegen habe die Stadt eine Kooperationsvereinbarung mit der Outlaw gGmbH und den Schulen geschlossen. Des Weiteren würden die Kolleginnen der Outlaw gGmbH und die Schulleiter vom Johannes-Althusius-Gymnasium (JAG) und Max-Windmüller-Gymnasium (MAX) vorstellen, wie sich das Projekt in den Schulen etabliert habe.

Frau Lindenau (Outlaw gGmbH) stellt sich kurz vor. Seit dem 01.01.2023 sei sie in der Schulsozialarbeit am JAG tätig.

Frau Sawyer stellt sich ebenfalls kurz vor und teilt mit, dass sie seit dem 01.09.2023 am MAX tätig sei. Sie erklärt, dass es sich bei diesen Stellen um Projektstellen handele. Das Land hätte an den Emdener Gymnasien keinen Bedarf gesehen, weshalb sich die Stadt eingeschaltet habe.

Weiter stellen sie das Projektvorhaben „Konzeptentwicklung inklusive Gymnasien“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Dass die Problematiken oft sehr komplex seien und meist nicht in nur einem Termin abgehakt werden könnten, hebt Frau Sawyer anhand eines Fallbeispiels hervor.

Frau Kruse bedankt sich für die Präsentation und die geleistete Arbeit.

Herr Meyer fragt, woran man die steigende Entwicklung des Bedarfes an sonderpädagogischer Unterstützung festmachen könne und ob das an der Flüchtlingssituation liegen würde.

Frau Lindenau bejaht dies.

Frau Sawyer unterstreicht, dass es sich in der Tabelle um Deutsch als Zweitsprache handeln würde. Ihrer Ansicht nach liege es auch daran, dass sich die Klientel an Gymnasien auch gerade in den 5. und 6. Klassen geändert hätten.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Präsentation. Dass eine steigende Entwicklung vorliege, liege seiner Ansicht nach einfach an der aktuellen Situation und nicht nur an dem Zuwachs der Flüchtlinge. Ihm sei wichtig, dieses Thema an die Öffentlichkeit heranzutragen und schlägt vor, sich diesbezüglich noch einmal in den Gruppen und Fraktionen zu beraten.

Herr Damm -Schulleiter am JAG- teilt mit, dass man seit vielen Jahren feststellen würde, dass die Schülerinnen und Schüler häufiger Beratungen benötigen würden. An einzelnen Jahrgängen ließe sich dies nicht festmachen. Man habe nicht nur mit veränderten Familienverhältnissen und der Flüchtlingskrise zu tun, sondern auch mit einer anderen Freizeitgestaltung der Kinder. Die Sozialen Medien seien dabei ein Stichwort, das Beratungsbedarf hinter sich herziehen würde. Aus diesem Grund sei er sehr dankbar für die Unterstützung der Schulsozialarbeiterinnen.

Herr Tapper -Schulleiter am MAX- bedankt sich für die Präsentation. Dass die Jugendlichen heutzutage größere Probleme dabei hätten, mit eigenen Ressourcen zurechtzukommen, würde seiner Ansicht nach daran liegen, dass ihnen heute oft keine Unterstützungssysteme, wie z. B. Familien oder ein fester Kreis von Ansprechpartnern, zur Verfügung stehen würden. Natürlich würden sich die Lehrkräfte diesen Angelegenheiten auch gerne annehmen, allerdings sei dies neben der Unterrichtsarbeit kaum zu stemmen. Deswegen habe sich seit der Durchführung

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

dieses Projektes die Qualität des Arbeitens enorm verbessert, wofür er sehr dankbar sei. Vor allem würden aber die Kinder davon profitieren, denen sonst nicht so geholfen werden könnte.

Herr Damm ergänzt, dass die Schulsozialarbeit natürlich auch eine andere Qualität als die der Lehrkräfte habe. Die Klassenlehrer müssten den Kindern schlussendlich noch immer eine Note geben. Die Schulsozialarbeiterinnen könnten noch freier zwischen den Parteien vermitteln und nach Lösungen suchen.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Christians geht noch einmal darauf ein, dass das Land den Emdener Gymnasien keine Schulsozialarbeit zur Verfügung stellt. Er erklärt, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handele, die damals gerechtfertigt eingerichtet worden sei. Er kündigt an, dass diesbezüglich für den nächsten Jugendhilfeausschuss eine Beschlussvorlage vorbereitet werde.

Herr Ohling bedankt sich für die Vorträge. Er stellt fest, dass die Schulsozialarbeit grundsätzlich vom Land Niedersachsen finanziert werden müsste. Da man heute gesehen habe, wie wichtig diese Arbeit sei, regt er an, das Land in die Pflicht zu nehmen.

Herr Meyer möchte wissen, wie viel das Projekt im Jahr kosten würde.

Herr Christians antwortet, dass man von rund 80 Tsd. € im Jahr ausgehen könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Jaspers teilt mit, die Bundeswehr habe in der letzten Woche mitgeteilt, dass sie sich in diesem Jahr von der Fahrt des Workcamps in die Normandie zurückziehen würden. Der Grund dafür sei, dass Frankreich nach dem Terroranschlag bei Moskau die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen habe, weshalb die Bundeswehr gehalten sei, dieses Land nicht mehr zu bereisen. Da man diese Fahrt ohne die Unterstützung der Bundeswehr in der Art finanziell nicht stemmen könnte, habe Herr Jaspers sich mit dem Camplleiter zusammengesetzt und eine Lösung finden können. Leider könne man nun anstatt von 40 Teilnehmenden noch 20 mitnehmen, da man den Bus mit vier Bullis austauschen müssen. Deswegen würden die russischen Teilnehmenden in diesem Jahr nicht dabei sein. Man habe sich bei der Auswahl der Teilnehmenden für die regionale Umsetzung entschieden. Den Jugendlichen von außerhalb sei abgesagt worden, dabei habe man ihnen jedoch versichert, dass sie im nächsten Jahr ganz vorne auf der Liste stehen würden. Weiter erklärt er, in diesem Jahr seien unter den Teilnehmenden auch drei Ukrainer dabei, die in Emden wohnen würden.

Frau Kruse bedankt sich und spricht Herrn Jaspers ein Lob aus.

Frau Wermuth kündigt an, dass man am 27.09.2024 um 16 Uhr plane, einen Workshop mit den Mitgliedern dieses Ausschusses durchzuführen. Im ersten Teil würde Herr Behrens aus dem FD 210 die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses noch einmal veranschaulichen. Im zweiten Teil werde geplant, dass die Aufgabenbereiche der Fachdienste sowie einzelne Projekte aus dem Bereich des Jugendamtes vorgestellt würden und die Möglichkeit des Gesprächs angeboten werde. Der Workshop werde voraussichtlich in der Alten Post oder im Kinder- und Jugendhaus Barenburg stattfinden. Eine schriftliche Einladung würde in Kürze erfolgen.

Protokoll Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.04.2024

TOP 11 Anfragen

Herr Ohling unterstreicht, es sei wichtig, Pflegeeltern zu unterstützen und zu behalten. Deshalb sei er der Meinung, dass man im Pflegekinderdienst eine Fachkraft benötige, die sich mit dem fetalen Alkoholsyndrom (FAS) auskenne und bereits bei der Inobhutnahme der Kinder Verhaltensauffälligkeiten etc. diagnostizieren könnte. Des Weiteren erklärt er, laut Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention hätten Kinder mit FAS ebenfalls ein Anrecht auf eine Schulbegleitung. Herr Frein habe gesagt, dass hierfür ein multiaxiales Gutachten nötig sein würde. Wenn die Krankheit FAS aber bereits von einer Fachklinik festgestellt worden sei, sei Herr Ohling der Auffassung, dass kein weiteres Gutachten nötig sein sollte. Er fragt, wie die Verwaltung dazu stehe, dass eine Fachkraft aus dem Pflegekinderdienst in diese Richtung geschult werde. Dass die Arbeit der Pflegeeltern dadurch ungemein erleichtert würde, hebt er dabei hervor.

Herr Frein erklärt, dass dieses Thema die Verwaltung schon lange beschäftige und die Kolleginnen und Kollegen sich bisher informiert und entsprechende Schulungen absolviert hätten. Er begrüßt die Anregung und sagt, dass man dies im Rahmen von Fortbildungen auf den Weg bringen könnte, weshalb er schauen würde, welche Möglichkeiten es gebe. In Bezug auf die Gutachten teilt er mit, würden Gutachten bereits vorliegen, nutze man sie auch. Es werde nur dann eine Nacharbeit angefordert, wenn es den Ansprüchen nicht genügen würde.

Herr Ohling teilt mit, dass einige Psychologen den Pflegefamilien gesagt hätten, sie würden kein zweites Gutachten ausstellen, da in dem ersten bereits alles drinstehe.

Frau Wermuth regt an, dass man eventuell auch eine bereits ausgebildete Fachkraft miteinbeziehen könnte.

Herr Frein entgegnet, dass man genau dies im letzten Jahr versucht habe, es allerdings nicht funktioniert habe. Natürlich werde überlegt, was dafür sprechen würde, diese Ressourcen selbst vorzuhalten oder jemanden einzubinden. Herr Frein bezieht sich weiter auf den Wortbeitrag von Herrn Ohling und versichert, dass man sich bei einer solchen Antwort des Psychologen an die Mitarbeitenden der Verwaltung wenden sollte, sodass diese dort noch einmal nachhaken könnten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.